



G. Pärtan E. Hauk A. Fadler

Redaktion

**Gleich drei Vertreter der ÖBB waren einen „heißen“ Nachmittag lang im Klubhaus des Siedlervereins Fischerwiese/Wulzendorf bemüht, die verfehlte Verkehrspolitik zu rechtfertigen und die empörten AnrainerInnen zu beruhigen.**



#### **V.li.: Moderator + ÖBB Vertretung**

Was wurde von den ÖBB- Herren nicht alles an Argumenten für die Schließung vorgebracht: Die Station müsste mit den exorbitant hohen Kosten von € 600.000,- saniert werden und eigentlich schon seit zwei Jahren gesetzlich geschlossen sein, da nicht behindertengerecht (dass z.B. dann behinderte Menschen einen Fußweg von ca 1,5 km in Kauf nehmen müssten, scheint nicht zu zählen). Zu wenig Frequenz, unter 200 Fahrgästen pro Tag ist keine Wirtschaftlichkeit gegeben und „wir haben keinen Grundversorgungsauftrag“ somit müssen wir profitorientiert kalkulieren etc. etc.!

**Nicht berücksichtigt und untersucht wurden lt. ÖBB jene Kosten die der Allgemeinheit durch vermehrte Autofahrten – bedingt durch das immer schlechter werdende Öffi-Angebot (trotz U2, die nur gewisse Korridore bedient) im Oberflächenverkehr entstehen.**



#### **Kritischer Teilnehmer: Bezirksrat G.Pärtan**

Heftig kritisiert wurde von unserer Klubobfrau Hauk (wir - Hauk, Pärtan und Bevilaqua - waren von Beginn an die einzigen anwesenden BezirkspolitikerInnen), dass der Ball zwischen Politik und ÖBB hin und her geschoben wird. Die ÖBB geben der verfehlten Verkehrspolitik auf Bundes- Landes- und Bezirksebene die Schuld, und unser SPÖ-Bezirksvorsteher Scheed bejammert die Eigenständigkeit der ÖBB und seine fehlenden Kompetenzen.

Eine sehr verspätet zur Veranstaltung erscheinene rote Bezirksrätin unterbreitete dann den SPÖ Vorschlag, die Schließung der Station um vier Monate hinaus zu schieben, um Zeit zu gewinnen. Die Intention hinter diesem Angebot war allerdings allen Anwesenden klar: Nur keine unliebsamen Maßnahmen vor den Gemeinderatswahlen, die Stimmverluste bringen könnten. **Empörend ist für uns Grüne nicht nur die Durchsichtigkeit dieses Angebotes, sondern auch die scheinbar noch immer vertretene Ansicht, dass die BürgerInnen eh „zu blöd“ sind um derartige Angriffe auf ihre Intelligenz zu durchschauen.**